année politique suisse

DOKUMENTATION · ANALYSE · DIFFUSION

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess **Alarmierung und Kommunikation für den Bevölkerungsschutz zukunftsorientiert gestalten**

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Schubiger, Maximilian

Bevorzugte Zitierweise

Schubiger, Maximilian 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Alarmierung und Kommunikation für den Bevölkerungsschutz zukunftsorientiert gestalten, 2017*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 12.10.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik 1
Landesverteidigung 1
Bevölkerungsschutz 1

Abkürzungsverzeichnis

VBS	Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
BABS	Bundesamt für Bevölkerungsschutz

DDPS	Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports
OFPP	Office fédéral de la protection de la population

Allgemeine Chronik

Landesverteidigung

Bevölkerungsschutz

BERICHT
DATUM: 01.12.2017
MAXIMILIAN SCHUBIGER

Das BABS stellte im Dezember 2017 seinen Bericht zur Zukunft der **Alarmierung und Kommunikation für den Bevölkerungsschutz** vor. Aufgrund dessen machte sich der Bundesrat Gedanken darüber, wie das weitere Vorgehen bezüglich der Weiterentwicklung bestehender Systeme aussehen soll. Die Regierung beschloss, das VBS zu beauftragen, eine Botschaft für einen Verpflichtungskredit für ein nationales «Sicheres Datenverbundnetz» vorzubereiten. Damit soll ein unabhängiges, kabelgebundenes Netz geplant werden, weil die Nutzung kommerzieller Netze nicht in allen Situationen gewährleistet sei, erklärte der Bundesrat. Unter anderem aufgrund von Erkenntnissen aus der Sicherheitsverbund-Übung 2014 soll der Planungshorizont bis Ende 2018 auch auf die Erarbeitung des zu revidierenden Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes abgestimmt werden. [1]

1) Bericht BABS vom 29.9.17; Medienmitteilung Bundesrat vom 1.12.17